

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

2005/2001(BUD)

14.9.2005

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das
Haushaltsjahr 2006
(C6-0000/2005 – 2005/2001(BUD))

Einzelplan III - Kommission

Verfasserin der Stellungnahme: Katerina Batzeli

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, in den von ihm anzunehmenden Entwurf einer Entschließung folgende Vorschläge einzubeziehen:

1. betont die Bedeutung des Haushaltsjahres 2006 für die Landwirtschaft, da es erstmals die Ausgaben für die Betriebs- und Regionalprämienregelung sowie den Modulationsmechanismus umfasst; außerdem wird mangels einer Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 der Haushalt 2006 als Grundlage für den Haushalt 2007 dienen;
2. betont, dass sich im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Umsetzung der GAP-Reform in den Mitgliedstaaten Probleme bei den Zahlungsansprüchen ergeben können, und fordert in diesem Zusammenhang, dass europäische Haushaltsmittel nur solchen Landwirten ausbezahlt werden, die ihren Betriebssitz innerhalb der Europäischen Union haben;
3. bedauert, dass der Rat auf einer ausschließlich buchhalterischen Basis und ohne Berücksichtigung irgendeiner politischen Priorität eine lineare Kürzung aller Markt- und Einkommensstützungsausgaben von über 50 Mio. Euro um 0,56 % beschlossen hat, abgesehen von drei Haushaltslinien im Zusammenhang mit der Reform der GAP (Betriebs- und Regionalprämienregelung, Regelung für die einheitliche Flächenzahlung und Beträge zusätzlicher Beihilfen); stellt fest, dass dies eine Reduzierung um 150 Mio. Euro bewirkt, davon mehr als 100 Mio. Euro einzig und allein für die direkten Beihilfen; hinzuzufügen ist noch die Kürzung der Agrarausgaben in anderen Rubriken (z.B. für Leader, Sapard etc.) um mehr als 75 Mio. Euro;
4. vertritt die Auffassung, dass der Rat keine ernsthafte Analyse vorgenommen hat, bevor er diese Kürzungen beschlossen hat, wobei die rein buchhalterischen Maßnahmen zum Teil zu absurden Mittelkürzungen geführt haben;
5. bedauert die für die Mittel für Sapard vorgenommene Kürzung, obwohl das Programm eine hohe Ausführungsrate aufweist, was die Gefahr bedingt, dass 2006 die gleiche Situation wie 2005 entstehen könnte, dass nämlich im Lauf des Jahres andere Haushaltslinien in Anspruch genommen werden müssen, um die notwendigen Mittel bereitzustellen;
6. ist der Ansicht, dass die Marge von 1,21 Mrd. Euro unter der Obergrenze der Finanziellen Vorausschau, die von der Kommission vorgeschlagen wurde, bereits bei weitem ausreicht, um eventuelle Marktkrisen sowie Schwankungen im Euro/Dollar-Kurs zu bewältigen; daher vermittelt die vom Rat vorgenommene Kürzung und die daraus resultierende Marge von 1,35 Mrd. Euro ein irriges Bild von den erforderlichen Mitteln zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Agrarpolitik;
7. vertritt die Auffassung, dass die für die Landwirtschaft in den HVE eingesetzten Beträge die absoluten Minima darstellen, und fordert folglich die Wiedereinsetzung der Beträge des HVE für alle Linien; dies ist um so unverzichtbarer, als sich die Vorausschätzungen

der Kommission, auf die sich die Zahlen des HVE stützen, oft als sehr optimistisch im Vergleich zur tatsächlichen Marktentwicklung erweisen;

8. begrüßt die Tatsache, dass der Rat keine Kürzung der für die ländliche Entwicklung bestimmten Mittel vorgenommen hat;
9. billigt den Beschluss des Rates zur Revision der Finanziellen Vorausschau, wodurch die Übertragung von 655 Mio. Euro aus den Mitteln im Zusammenhang mit der Modulation der direkten Beihilfen von Rubrik 1a auf Rubrik 1b ermöglicht wird, bedauert aber, dass dieser Beschluss zu spät gefasst wurde, was umfangreiche Planungsprobleme mit sich bringt;
10. ist der Ansicht, dass es im Sinne einer größeren Klarheit notwendig wäre festzustellen, auf welche Haushaltslinien sich die durch die Modulation gewonnenen Beträge verteilen, und würde wünschen, dass die aus der Modulation resultierenden Beträge – statt nach dem Gießkannenprinzip auf die meisten Aktionen im Rahmen der ländlichen Entwicklung verteilt zu werden – subsidiär auf eine begrenzte Zahl von prioritären Maßnahmen konzentriert würden, z.B. die Betriebsgründung durch junge Landwirte, die Fortbildung oder aber die benachteiligten Gebiete;
11. vertritt die Auffassung, dass die freigegebenen Beträge, falls bestimmte Mitgliedstaaten die Gesamtheit der für die ländliche Entwicklung bestimmten Mittel nicht verwenden könnten, wieder für die ländliche Entwicklung zugewiesen werden sollten;
12. vertritt die Auffassung, dass die Mittel der Rubrik 1a, die am Ende des Haushaltsjahres nicht verwendet wurden, nicht einfach den Mitgliedstaaten zurückerstattet werden sollten, sondern mit einer Zweckbindung in Zusammenhang mit der Landwirtschaft verknüpft werden sollten;
13. schlägt vor, die Mittel zu erhöhen, die zur Verbesserung der Förderung von qualitativ hochwertigen Erzeugnissen bestimmt sind, die die regionale Vermarktung und Regionallabels fördert, ebenso die für die Information über die Gemeinsame Agrarpolitik bestimmten Mittel;
14. ist der Auffassung, dass im Hinblick auf das Erlernen einer gesunden Ernährung und Maßnahmen gegen Fettleibigkeit bei kleinen Kindern auch Schulen die Möglichkeit erhalten müssen, Gemüse und Obst kostenlos zu verteilen;
15. ist der Auffassung, dass die Kürzung der Mittel für die Beihilfen für Energiekulturen völlig unlogisch ist, wo doch die Suche nach Ersatzlösungen für Erdöl eine Priorität sein sollte;
16. fordert, dass zusätzliche Mittel für die Beihilfen zur Betriebsgründung seitens junger Landwirte sowie für die Fortbildung bereitgestellt werden, da es sich um zwei Schlüsselbereiche handelt, damit die ländlichen Gebiete ein lebendiger Raum bleiben;
17. fordert besondere Aufmerksamkeit für Innovation und Erneuerung im Rahmen der GAP, da dies im Rahmen der reformierten Agrarpolitik von entscheidender Bedeutung ist, und ruft dazu auf, speziell bei der Niederlassung junger Landwirte und bei der Ausbildung auf

Innovation zu achten;

18. fordert, im Rahmen der Forstwirtschaftspolitik, insbesondere bei der Anpflanzung und der Pflege von Wäldern, speziell auf die Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden und Maßnahmen gegen die durch Trockenheit verursachten Erkrankungen von Pflanzen zu achten;
19. wünscht, dass die Mittel für den Veterinärbereich und den Bereich der Tierseuchenforschung sowie der Tierseuchenprävention ebenfalls erhöht werden;

VERFAHREN

Titel	Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2006 - Einzelplan III - Kommission		
Verfahrensnummer	2005/2001(BUD)		
Federführender Ausschuss	BUDG		
Mitberatender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	AGRI 0.0.0000		
Verstärkte Zusammenarbeit	nein		
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Katerina Batzeli 20.1.2005		
Prüfung im Ausschuss	23.5.2005	13.7.2005	13.9.2005
Datum der Annahme der Vorschläge	13.9.2005		
Ergebnis der Schlussabstimmung	Ja-Stimmen:	29	
	Nein-Stimmen:		
	Enthaltungen:	-	
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Katerina Batzeli, Sergio Berlato, Thijs Berman, Niels Busk, Luis Manuel Capoulas Santos, Albert Deß, Gintaras Didžiokas, Carmen Fraga Estévez, Duarte Freitas, Jean-Claude Fruteau, Ioannis Gklavakis, Lutz Goepel, Bogdan Golik, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, María Esther Herranz García, Elisabeth Jeggle, Heinz Kindermann, Diamanto Manolakou, Jean-Claude Martinez, María Isabel Salinas García, Agnes Schierhuber, Czesław Adam Sikierski, Marc Tarabella, Janusz Wojciechowski		
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Christa Klaß, Wiesław Stefan Kuc, Astrid Lulling, Markus Pieper, Karin Resetarits		
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)			